

# Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse), Sitz Hamburg

**Bezugspreis** vierteljährlich durch die Post 1,50 M.  
vierteljährlich durch Streifband 1,80 M.

Schriftleitung: Berlin S 42, Luisenufer 1. Tel. Mpl. 3725  
Postcheckkonto: Berlin 10301, Albert Lehmann

**Erscheint alle 14 Tage Sonnabends**

**Anzeigenpreis:** Die sechsgespaltene Millimeterzeile 0,15 Goldmark. Bei Abschlüssen Rabatt, der nur als Kasserabatt gilt. Verbandsmitglieder zahlen für Gelegenheits-Anzeigen pro Wort 0,10 Goldmark, das fettdruckte Überschriftswort 0,30 Goldmark. Die Preise sind freibleibend. — Alleinige Anzeigenannahme: Krieger-Dank G. m. b. H., Berlin SW 11, Königgrätzer Straße 97. Fernsprecher: Hasenheide 2780, 2781, 4718, 4738, 4739, 4759. Postcheckkonto Berlin 47910.

Für die Zeit vom 28. November bis 4. Dezember und 5. bis 11. Dezember ist der 48. und 49. Wochenbeitrag fällig.

## Umtausch der Mitgliedsbücher.

Kollegen, denkt an den Umtausch der Mitgliedsbücher und -karten! Regelt Eure Beiträge so, daß Ende Dezember der Umtausch erfolgen kann.

## Noch mehr Leser für das „Gärtner-Fachblatt“.

Die Werbung für unser Fachblatt läßt in vielen Zahlstellen und unter den Einzelmitgliedern noch viel zu wünschen übrig. Überall gibt es über den Kreis unserer Mitglieder hinaus noch zahlreiche Kollegen, die das Fachblatt beziehen würden, wenn es ihnen nur angeboten würde. Was erreicht werden kann, zeigt uns die kleine Zahlstelle Jena, die 8 Fachblattleser hat, von denen 5 unserer Organisation nicht angehören. Würde überall so gearbeitet, dann könnte die Bezieherzahl des Fachblattes verdoppelt und sein Inhalt noch erheblich besser ausgestaltet werden.

## Die „kalte Sozialisierung“.

Recht geht vor Macht, und die Gemeinschaft des wirtschaftenden Volkes gibt die Richtung für die Betätigung des einzelnen. Dies ist die große Linie. Aus: „Die Gartenbauwirtschaft“.

Man traut seinen Augen kaum, obige Worte im Organ des „Reichsverbandes d. d. Gartenbaues“ zu lesen und noch dazu in einem Artikel, der protestierend gegen die öffentlichen Betriebe, also gegen Produktionsstätten der Gemeinschaft, Stellung nimmt. Dieser bei einer schöngestig gedachten Stilübung vielleicht unterlaufene Widerspruch kehrt aber in dem Blatte Nr. 91 der „Gartenbauwirtschaft“, das ganz der von acht Unternehmer-Spitzenverbänden angeordneten Protestaktion gegen die „öffentliche Hand“ gewidmet ist, in anderer Form immer wieder. So heißt es an einer Stelle: „In einer Zeit größter wirtschaftlicher Nöte ist es eine unverantwortliche Laschheit der Gesinnung, wenn die Städte daran gehen, durch ihre eigenen Gartenbaubetriebe das Stadtsäckel zu füllen“, während an anderer Stelle das Gegenteil mit folgenden Worten behauptet wird: „daß Überschußwirtschaft vielleicht sogar auch die Deckung aller Unkosten staatlicher oder städtischer Betriebe Ausnahme, hingegen Bezuschussung Regel ist“. Einmal heißt es dann: „Nichts als krasser Egoismus der Städte ist das Motiv ihrer handelsmäßigen Betätigung“ und im schönsten Gegensatz dazu wieder: „Wir hörten ferner, daß die Stadtgärtnerei Rathenow nicht rentabel arbeitet“.

Das Widerspruchsvolle in der Stellungnahme des Erwerbsgartenbaues, das mit unseren Heraushebungen keineswegs erschöpft ist, war übrigens auch in einer Kundgebung der acht Unternehmerverbände festzustellen. Es kam bereits in der Eröffnungsrede des Geheimrats Duisburg, dieses Industriegehaltigen, zum Ausdruck, der ausführte, daß Mittelstand und Handwerk die Hauptleidtragenden bei der „kalten Sozialisierung“ wegen ihrer finanziellen und organisatorischen Schwäche seien. Ist da keinem der Handwerker der Gedanke gekommen, daß eine solche Feststellung im Munde eines Duisberg nur Hohn und Spott sein kann?

Bei der Rede des Herrn Dr. Mosler, Geschäftsinhabers der Diskontogesellschaft, mußten die Vertreter des Mittelstandes die gleiche Empfindung haben, wenn sie einigermaßen die Zusammenhänge erkennen würden. Gerade die Diskontogesellschaft gehört mit zu den Bankinstituten, die stets verstanden haben, mit recht großem Erfolg die öffentliche Hand für sich auszunutzen, die aber durch den vor ihren Türen bettelnd stehenden Mittelstand sich

nicht im geringsten veranlaßt sehen, ihre wucherisch hohen Zinsspannen auf ein Maß zu beschränken, daß dieser Mittelstand Kredite nehmen könnte.

In diesem Zusammenhang sei auf die Feststellungen des „Deutschen Volkswirt“ hingewiesen, daß bei allen Konzernzusammenbrüchen die öffentliche Hilfe angerufen ist, keine dieser Liquidationen ohne die Organe des Staates oder des Reiches gewesen ist. Und auch unsere Garten-Bauern seien darauf verwiesen, wie gern sie den Dreimillionen-Kredit des Reiches entgegengenommen haben, und wie gut sie es verstehen, die Einrichtungen der staatlichen und städtischen Gärtnereien sich dienstbar zu machen. Sie sind sogar so frisch, fromm und fr—ei, in ihrem Blatte folgende Ratschläge zu erteilen: „Es muß nach Möglichkeit angestrebt werden, die Überschüsse (solcher Gärtnereien) nicht direkt an Private, sondern möglichst durch Vermittlung der handeltreibenden Erwerbsgärtner zu verwerten“. Im übrigen stellen an sich öffentliche Gärten starke Antriebsmotore auch für die gewerblichen gärtnerischen Betriebe dar.

In Erkenntnis aller dieser Vorteile, die die gemeinnützigen Einrichtungen gerade im besonderen Maße den Unternehmern der Gärtnererei bieten, haben diese auch eigentlich nichts gegen Gärtnerbetriebe der öffentlichen Hand einzuwenden, wenn die Geschichte nur so gedeutet wird, daß sie noch größere persönliche Vorteile, z. B. aus dem Vertrieb der dort erzeugten Waren, ziehen können. Wenn dann mit Mitteln der Steuerzahler darauf losgewirtschaftet würde, dann hätte man bestimmt nichts dagegen, sondern würde das ganz in Ordnung finden, denn „Notleidenden“ muß doch geholfen werden.

Es sind also sonderbare Moralanschauungen bei dieser Protestaktion gegen die öffentlichen Betriebe bei den meisten Beteiligten und nicht zum geringsten bei den gärtnerischen Unternehmern festzustellen. Es klingt seltsam hohl und dumpf, wenn der Protest in der Gartenbauwirtschaft ausklingt: „Wir appellieren an die sittliche Gesinnung aller führenden Männer, wir erwarten, daß das Wohl des Volkes höher gestellt als das des Stadtsäckels.“

Der Begriff „Volk“ ist in diesem Zusammenhang natürlich zu übersetzen mit Garten-Bauern.

So gewiß öffentliche Betriebe und im besonderen gärtnerische noch lange keinen Sozialismus darstellen, so gewiß ist es aber, daß ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den allermeisten Fällen weit bessere sind, wie die in den Betrieben unserer Garten-Bauern. Auch die Einflußnahme auf die weitere Ausgestaltung erscheint uns in den öffentlichen Betrieben in größerem Maße gegeben. Und deshalb sind wir neben unserer moralischen und grundsätzlichen Einstellung als Anhänger einer „Gemeinschaft des wirtschaftenden Volkes“ auch als Arbeitnehmer für die „kalte Sozialisierung“.

## Die unangenehme Konkurrenz der öffentlichen Gartenverwaltungen.

Die Nr. 91 der „Gartenbauwirtschaft“ ist ganz dem Kampf gegen die Konkurrenz der öffentlichen Betriebe gewidmet. Es ist keinem Menschen und keinem Berufsstand zu verübeln, wenn er sich gegen ein vermeintliches Unrecht zur Wehr setzt, aber man muß voraussetzen, daß dieser Kampf anständig auf Grund wahrer Tatsachen geführt wird. Ein jeder, dem Unrecht geschieht, soll sich zur Wehr setzen, und es sei mir gestattet, die unwahren Behauptungen richtigzustellen und von meinem Standpunkt als Arbeitnehmer unseres Berufes zu betrachten und zu ergänzen.

Es muß sehr traurig um den Kampf gegen die Konkurrenz der öffentlichen Betriebe bestellt sein, wenn man sich der fadenscheinigsten Argumente und demagogischen Mitteln bedient, wie es in dem gegen die Stadtgärtnerei Rathenow gerichteten Artikel geschehen ist. Es heißt dort: „Der Stadtgärtner ist gleichzeitig

Leiter der Erwerbsgärtnerei, in welcher auch Handel mit Gemüse und Bindereien getrieben wird. Für letztere wird das Rohmaterial aus den städtischen Schmuckanlagen gewonnen, wobei man so weit geht, diese ihres Blumenschmuckes, zum Zwecke des Verkaufes, zu berauben. Man nimmt also den Bürgern zur Verschönerung der Stadt Steuern ab, und verkauft diesen aus öffentlichen Mitteln geschaffenen Schmuck durch die Stadtgärtnerei. Am 29. April 1925 konnten wir in Rathenow feststellen, daß die bereits grünen Straßenbäume sehr zu ihrem Schaden erst zu dieser Zeit geschnitten wurden. Wir hörten ferner, daß die Stadtgärtnerei Rathenow nicht rentabel arbeitet.“ Diesen Vorwürfen im Organ des Unternehmer-Verbandes sind schon ähnliche im Stadtparlament und in der lokalen Presse vorausgegangen, die in jedem Falle richtig gestellt und gebührend zurückgewiesen worden sind. Das hindert jedoch die politisch fanatisierten Garten-Bauern Rathenows nicht, mit den falschen Behauptungen und schiefen Darstellungen weiter krebzen zu gehen.

Nicht „marxistischer Irrsinn“, wie so schön in der hiesigen deutschnationalen Lokalpresse zu lesen steht, sondern ruhige, sachliche Überlegung, allerdings befreit von spießbürgerlicher Einstellung, führte dazu, die Stadtgärtnerei zu dem Betrieb auszubauen, wie er heute zur Freude der Einwohnerschaft besteht. Die jetzige städtische Gärtnerei, ein von seinem früheren Besitzer heruntergewirtschafteter Betrieb, gewährte früher knapp einem Gehilfen und einem Lehrling Beschäftigung. Heute werden in der Stadtgärtnerei, ohne die Parkverwaltung, beschäftigt: 1 Betriebsleiter, 2 verheiratete und 2 unverheiratete Gehilfen, 1 Kontoristin, 2 Lehrlinge, 2 Binderinnen, 1 Bindereilehrling und 6 Arbeitsfrauen. Laut Zwischenbilanz vom Oktober 1926 hatte die Stadtgärtnerei in einem halben Jahr rund 2000 Mark Gewinn. Die Bilanz ist ganz gewissenhaft aufgestellt und gibt es daran nichts zu deuten. Dieses Resultat ist nun dem hiesigen Erwerbsgartenbau, der durch die Wirksamkeit der Stadtgärtnerei aus 100 jährigem Schlaf aufgeweckt worden ist, ein Dorn im Auge, und da kommt man aus kleinem Konkurrenzneid zu solchen absonderlichen Behauptungen. Tatsächlich sind die hiesigen technisch total veralteten Erwerbsgärtnereien gar nicht in der Lage, den örtlichen Bedarf zu decken. Die hiesigen Blumengeschäfte und auch die Gärtner beziehen, weil sie aus Prinzip nicht in der hiesigen Stadtgärtnerei kaufen, ständig Blumen und Pflanzen von auswärts, und nicht etwa nur aus Spezialkulturen, sondern auch gewöhnliche Marktware. Dabei schreit und stöhnt man, man könne sich nicht an tarifliche Abmachungen halten, man treibe schlimme Lehrlingszüchtereie und Raubbau an der Arbeitskraft der Angestellten, schimpft auf Regierung, Republik und die bestehenden Verhältnisse, läßt im übrigen aber alles beim alten.

Die Stadtgärtnerei hat demgegenüber bewiesen, daß es möglich ist, bei achtstündiger Arbeitszeit, menschenwürdigen Löhnen und sozialen Einrichtungen einen Betrieb rentabel zu gestalten. Sie beschäftigt ihre Leute zu tariflichen Löhnen, zahlt bei Krankheit den Lohn weiter, bezahlt die Feiertage, die auf Wochentage fallen, und gibt bis 14 Tage Urlaub, den Angestellten bis drei Wochen. Die Stadtgärtnerei zahlte insgesamt an Löhnen pro Jahr rund 40 000 Mark, an Pachten, Steuern rund 5000 M., zahlt ihren Anteil zu den Verwaltungskosten und muß 5 Proz. von den Bruttolöhnen als Rücklage für Ruhegehälter der Arbeiter abführen.

Von einem Berauben der öffentlichen Anlagen zugunsten der Stadtgärtnerei, wie in ganz gehässiger Weise behauptet wird, kann gar keine Rede sein. Sollte damit der alljährlich in den öffentlichen Anlagen geschnittene Flieder gemeint sein, dann befindet sich der Gewährsmann der „Gartenbauwirtschaft“ in einem schweren Irrtum. Diesen Flieder geben wir nämlich völlig umsonst an den „Vaterländischen Frauenverein“ zur Veranstaltung eines Fliedertages ab, wie die Stadtgärtnerei auch an Schulen, Kinderheilstätten und für viele sonstigen gemeinnützigen Zwecke Blumen in großen Mengen kostenlos abgibt. Für die Ausschmückung der Amtszimmer werden wöchentlich zweimal große Mengen von Blumen geliefert.

Am 29. April 1925 haben wir noch Linden geschnitten, ein furchtbares Verbrechen! Warum, kann ich heute leider nicht mehr feststellen, aber sicher hatte das eine besondere Bewandnis, vielleicht eine Beschwerde der Anwohner oder des Elektrizitätswerkes, oder sonst eine andere Ursache. Und selbst gesetzt den Fall, die Linden wären wegen Arbeitermangel erst am 29. April geschnitten worden, so wird mir jeder objektive Fachmann bestätigen, daß bei sachgemäßer Behandlung kein belaubter Baum daran Schaden nimmt.

Alles in allem, wenn Sie, meine Herren Kollegen vom Erwerbsgartenbau, keine anderen Gründe ins Treffen führen können, dann sieht es, das betone ich nochmals, um Ihre Sache traurig aus. Sie geben ihr damit lediglich einen komischen Beigeschmack.

Da die Schriftleitung der „Gartenbauwirtschaft“ sich im Leitartikel der „kalten Sozialisierung“ gewidmeten Nummer eines Zitates aus dem „Vorwärts“ bedient, will auch ich mit einem „Vorwärts“-Zitat von Kurt Heineg schließen:

„Solange das deutsche Unternehmertum glaubt, durch niedrige Löhne, lange Arbeitszeit und hohe Preise nicht nur die sinnlosesten Leitungskosten zu decken, sondern auch dem deutschen Volke ihre

wirtschaftlichen Kurzsichtigkeiten oktroyieren zu können, so lange wird der demokratisch-parlamentarische Staat die Pflicht haben, seine Hand schützend über die Armen zu halten.“

Gottschalk, Stadtgärtner, Rathenow.

## Die Rationalisierung.

### II.

Nachdem wir in voriger Nummer in allgemeinen Umrissen ein Bild vom Wesen der Rationalisierung und von den gegensätzlichen Auffassungen der Unternehmer und Gewerkschaften gegeben haben, mögen heute grundsätzliche Äußerungen einiger Wirtschaftspolitiker folgen. Der bekannte Professor Bonn hat in der Gesellschaft für Organisation über „Rationelles Rationalisieren“ gesprochen und dabei folgendes ausgeführt:

„Eine Rationalisierung, die sich auf Einsparung von Kostenelementen, die gleichzeitig Einkommensbestandteile sind, aufbaut, muß sich als Konsumentenmord, als Verwüstung der Inlandskaufkraft äußern und führt sich damit selbst ad absurdum. Nicht in der Einsparung von Unkosten, sondern in der Erzielung einer bei gleichem Aufwand größeren Produktion, die dann zu niedrigen Preisen umgesetzt wird, liegt die wirtschaftliche Erfolgsmöglichkeit der Rationalisierung. Die Industrie muß nicht nur billiger produzieren, sondern die Waren müssen auch billiger verkauft werden. Die falsche Preispolitik der Kartelle und Verbände, die zur Schaffung einer künstlichen Rente und zur Kapitalaufblähung führt, gleichzeitig aber auch die Reduzierung der Selbstkosten auf den niedrigstmöglichen Stand (bei Vollbeschäftigung der technisch und wirtschaftlich leistungsfähigen Produktionsstätten) verhütet, die preisverteuernde Zollpolitik, die auf die Erhaltung der Zinsspanne hinzielende Politik der Banken — alle diese wirtschaftspolitischen Maßnahmen bedeuten sämtlich eine künstliche Zerstörung derjenigen Vorteile, die eine Rationalisierung durch Verbilligung der Produktion mit sich bringen kann. Die Aufrechterhaltung der Zinsansprüche für die sämtlichen nun einmal investierten Kapitalien, die den Sinn dieser Wirtschaftspolitik ausmacht, verhindert das Heruntergehen der Preise während der Krise, deren Opfer so lange umsonst gebracht werden, ehe nicht die Überführung der Produktion auf die am billigsten arbeitenden Unternehmungen nach Durchführung umfangreicher Kapitalabschreibungen durchgeführt ist.“

In Deutschlands Handel und Industrie finden wir sehr selten Verständnis für solche Gedankengänge. Im Gegenteil können wir täglich nicht nur Widerstände gegen eine Herabsetzung der Preise feststellen, sondern Bestrebungen zur Herauftriebung der Preise machen sich fühlbar. Um einige Beispiele zu nennen, sei an die Versuche des Kalisyndikats erinnert, die erst kürzlich erfolgte Gründung des internationalen Stahltrustes macht sich bereits durch kräftiges Ansteigen der Preise für Stahlbleche bemerkbar, infolge des Streiks der englischen Bergarbeiter und der dadurch bedingten günstigeren Konjunktur beantragte auch das Rheinisch-Westfälische Kohlsyndikat eine erhebliche Erhöhung der Kohlenpreise, ohne irgendwelche Rücksichtnahme auf die weitere Auswirkung eines verteuerten, für die Produktion so wichtigen Rohstoffes.

In Abwehr dieser Bestrebungen schreibt Dr. Schloß im „Wirtschaftsdienst“ folgende die Zusammenhänge zwischen Rationalisierung der Produktion und Preispolitik der privatkapitalistischen Profitwirtschaft klar aufzeigenden Sätze.

„Rationalisierung ohne Produktionskostensenkung ist privatwirtschaftlich — ohne Preissenkung volkswirtschaftlich — sinnlos. Die privatwirtschaftliche Notwendigkeit der Produktionskostensenkung bedarf keiner Erörterung. Dagegen könnte es scheinen, als ob die volkswirtschaftliche Notwendigkeit der Preissenkung zu jener Abstraktion gehöre, die regelmäßig bestimmt seien, an der Realität des ökonomischen Alltags zu scheitern. Eine kurze Überlegung lehrt aber das Gegenteil. Rationalisierung bedeutet in erster Linie Ersetzung der Hand- durch Maschinenarbeit — in zweiter Linie Intensivierung der Handarbeit. In allen Fällen wird zunächst ein geringerer Bedarf an Arbeitskräften bei einem gegebenen Umfange der Produktion die Folge sein. Daraus resultiert wiederum die Arbeitslosigkeit und Kaufkraftverminderung in dem vorhin beschriebenen Rhythmus. Wird der privat- und volkswirtschaftliche Sinn der Rationalisierung erreicht, dann fallen nicht nur die Produktionskosten, sondern auch die Preise, ohne daß gleichzeitig der Fabrikationsgewinn auf der einen Seite und der Nominallohn der Gesamtheit der beschäftigten Arbeiter in der ganzen Volkswirtschaft fällt. Unveränderter Nominallohn bedeutet aber in diesem Falle steigenden Reallohn. Die Kaufkraft für Konsumgüter wächst also stärker, als die aus dem gleichen Zusammenhange resultierende Kaufkraftverminderung bei den freigesetzten Arbeitern. Bei erfolgreicher Rationalisierung ist also der Kaufkraftzuwachs der beschäftigten Arbeiter größer als die Kaufkraftverringerung der in der Minderheit befindlichen unbeschäftigten Arbeiter. Diese Überkompensation führt zu ver-



stärkter Nachfrage nach Konsumgütern — damit zu verstärkter Nachfrage der Konsumgüterindustrien nach Arbeitskräften — und so auf dem Umwege über deren Produktionsmittelindustrie in den rationalisierten Industriezweig zurück, der nun durch die erhöhte Nachfrage nach dem rationalisierten Produkt in die Lage versetzt wird, die durch den Rationalisierungsprozeß freigesetzten Arbeitskräfte wieder in den Produktionsprozeß einzugliedern.

Wenn es also auch keinem Zweifel unterliegt, daß die Nöte der durch die Rationalisierung freigesetzten Arbeiter zunächst weder durch die Belebung der Nachfrage in den Konsumgüterindustrien noch die sich daraus ergebende Verstärkung der Nachfrage nach Arbeitskräften behoben werden können, so kann man doch mit großer Gewißheit sagen, daß auf die Dauer die Güterversorgung der gesamten Wirtschaft eine Bereicherung erfährt. Dieses Urteil gilt aber nur unter der Voraussetzung, daß der Nominallohn der Arbeiter trotz der Preissenkung des rationalisierten Produkts konstant bleibt — der Reallohn also steigt. Das ist die eine Voraussetzung. Die Gewerkschaften müssen stark genug sein, um, gestützt auf Tarifverträge und Schlichtungsverfahren, eine Senkung des Nominallohnes infolge der mit der Rationalisierung verbundenen Vergrößerung der „industriellen Reservearmee“ zu verhindern. Das ist ganz entscheidend. Denn wenn es nicht gelingt, die verstärkte Nachfrage nach Arbeit aus der Lohnbildung auszuschalten, dann ist eine Senkung des Nominallohnes nach Maßgabe der Verbilligung des rationalisierten Produktes unvermeidlich. Möglich ist sogar, daß nicht nur der Nominallohn, sondern auch der Reallohn fällt. Tritt ein solcher Fall ein — setzt sich also ein erfolgreicher Rationalisierungsprozeß nur in Unternehmerrgewinn um, dann findet eine Kaufkraftvermehrung für Konsumgüter von seiten der nicht freigesetzten Arbeiter überhaupt nicht statt. Es tritt im Gegenteil eine Kaufkraftverminderung im ganzen ein, weil der Lohnausfall der freigesetzten Arbeiter stärker ins Gewicht fällt, als der Mehrverbrauch des Unternehmertums an Konsumgütern. Die andere Voraussetzung für den Erfolg des Rationalisierungsprozesses ist nun aber, daß tatsächlich eine Senkung des Produktpreises nach Maßgabe der Senkung der Produktionskosten eintritt — und damit gelangen wir zu dem eigentlichen Gegenstand dieser Ausführungen. Der volkswirtschaftliche Sinn eines Rationalisierungsprozesses ist die Senkung des Produktpreises bei unveränderten Nominallöhnen — sie ist gleichzeitig die einzige Rechtfertigung der durch ihn hervorgerufenen Arbeitslosigkeit.

Die kritische Durchleuchtung der Rationalisierung mit allen ihren Methoden und ihren für die Volkswirtschaft bisher durchaus unbefriedigenden und die Arbeiterschaft schwer schädigenden Auswirkungen scheint indessen nicht ganz erfolglos zu sein. Einer der wirtschaftlichen Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes“ glaubte jedenfalls, auf der Tagung des „Reichsbundes der Metallwaren-Industrie“ erfreuliche Zeichen einer Rationalisierung der Unternehmertätigkeit und ihrer geistigen Ein- und Umstellung wahrgenommen zu haben. Diese Unternehmerschaft, die zum erheblichen Teil mittlere Betriebe leitet, und so der Arbeiterschaft in der Praxis näher steht, habe sich von den Vorstellungen der Jahre 1921/24 frei gemacht. Sie sehe nicht mehr in Lohndruck und Lohnbremse die Rettung des Betriebes, sondern sei durchaus geneigt, auch die volkswirtschaftliche Bedeutung der hohen Löhne zu diskutieren und ernsthaft zu beachten. Die Arbeiterschaft wird allerdings gut tun, von solchen geistigen Umstellungen der Unternehmer nicht allzuviel zu erwarten, denn schließlich beherrscht deren Denken doch immer wieder die Sucht nach Steigerung persönlichen Gewinns. Immerhin ist es für unseren Kampf von Bedeutung, wenn in solchem veränderten Denken die Richtigkeit unserer Auffassung von der Rationalisierung ihre Bestätigung findet.

## Ein lehrreicher Abwehrkampf in den holsteinischen Baumschulen.

In Zeiten wirtschaftlicher Krisen, wie wir sie heute erleben, hätte die Arbeiterschaft alle Ursache, sich fester als je in ihren wirtschaftlichen Organisationen, den Gewerkschaften, zusammenzuschließen, um den Anschlägen der Unternehmer erfolgreich entgegenzutreten zu können. Leider kann im allgemeinen das Gegenteil beobachtet werden. Ein Grund solcher Einstellung ist der, daß man glaubt, es sei den Gewerkschaften in Krisenzeiten nicht möglich, die Interessen der Arbeiterschaft wirksam vertreten und schützen zu können gegen die Mächte der Unternehmer. Als ein Beweis, wie falsch eine solche Auffassung ist, mag die nachstehende kurze Schilderung der letzten Lohnbewegung in den Holsteinischen Baumschulen dienen.

Zum Verständnis des Nachstehenden müssen wir vorausschicken, daß in den Baumschulen von Halstenbek-Rellingen außer den ständig beschäftigten ortsansässigen Kollegen 500–600 Wanderarbeiterinnen beschäftigt werden. Diese Kolleginnen kommen im Februar und bleiben in der Regel bis Ende November, Anfang Dezember. Dieselben stammen aus Schlesien, Pommern, Ost-

und Westpreußen usw., aus Gebieten, in denen sie keinen ausreichenden Erwerb und Verdienst finden. Wenn auch zu einem Teil diese Kolleginnen in den nächsten Jahren hier das Arbeitsverhältnis immer wieder aufnehmen, so sind sie doch in ihrer Mehrzahl Mädchen im jugendlichen Alter von 16–18 Jahren, die mit den hiesigen Verhältnissen nicht vertraut sind. Es ist natürlich schwer, diese Kolleginnen für die Organisation zu gewinnen und sie gewerkschaftlich zu schulen.

Bei diesen Verhältnissen wird es niemanden wundern, wenn die Unternehmer glauben, einen Lohnabbau schnell und leicht bei diesen Wanderarbeiterinnen durchführen zu können. Und wäre es hier gelungen, mußten die übrigen Arbeitnehmer folgen. So der Plan und die Absichten der Unternehmer von Halstenbek-Rellingen, die Anfang Juni an uns das Ersuchen stellten, in eine Besprechung über den Tarifvertrag einzutreten, ohne nähere Vorschläge hierzu zu machen. Erst in der dann stattfindenden Verhandlung beantragten die Unternehmer den Lohnabbau für die Wanderarbeiterinnen bzw. ersuchten uns um eine Erklärung, wie wir uns zu einem solchen stellen. Natürlich lehnten wir diese Erklärung ab, solange unsere Kollegenschaft selbst noch keine Stellung nehmen konnte. Darauf stellten dann die Unternehmer ihren Antrag schriftlich und forderten einen Lohnabbau von 6 Pfg. die Stunde in allen Klassen der Frauenlöhne.

Diese Forderung der Unternehmer schlug wie eine Bombe unter die Wanderarbeiterinnen ein, wie mit Scheinwerferstrahlen hell erleuchtet, erkannten sie die Situation, in die ihre bisherige Gleichgültigkeit sie hineingeführt. In Massen traten sie, die bisher nicht zu gewinnen waren, dem Verbands bei. Eine an einem Sonntag gut durchgeführte Hausagitation brachte allein 220 Neuaufnahmen, weitere folgten. In kurzer Zeit war die große Mehrzahl der Kolleginnen im Verband, nur einige wenige meinten noch jetzt ernten zu können, ohne zu säen. Eine Versammlung löste die andere ab, alle von Hunderten besucht. Stürmisch wurde jeglicher Lohnabbau abgelehnt.

Die Antwort der Unternehmer hierauf war Kündigung des Lohnstarifes. An eine gütliche Einigung durch weitere Verhandlungen der Parteien war natürlich nicht zu denken. Die im Tarif vorgesehene Fachkammer mußte einspringen. In der Verhandlung vor dieser suchten die Unternehmer die Notwendigkeit des Lohnabbaues mit dem Vorreiten niedrigerer Löhne anderer Betriebe zu beweisen, selbst die kleinsten Zwergbetriebe mit 2 bis 3 vorübergehend beschäftigten Arbeiterinnen wurden herangezogen, als ob diese Bruchkrauter den Halstenbek-Rellinger Großbetrieben mit ihren rund 1100 Beschäftigten Konkurrenz bieten könnten. Da war es uns nicht schwer, den Unternehmern die verdiente Niederlage zu bereiten; der von der Fachkammer gefällte Schiedsspruch lehnte den Lohnabbau ab und sprach die Beibehaltung des alten Lohnes aus, entsprechend unseren Anträgen. Der Schiedsspruch wurde von uns angenommen, von den Unternehmern natürlich abgelehnt. Erst nachdem wir die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches beantragten, bequamen sich die Unternehmer zur Vereinbarung des alten Lohnes.

Das war für uns ein voller Erfolg. 6 Pfg. pro Stunde weniger hätte für die Wanderarbeiterinnen in den 10 Monaten ihrer Tätigkeit rund 100 000 M., weniger Lohn bedeutet. Wie klein erscheint demgegenüber der Beitrag an den Verband. So ist es also gelungen, selbst in einer für die Baumschularbeiter ungünstigen Zeit die Lohnabbaugelüste der Unternehmer abzuwehren. Möglich war es allerdings nur, weil die Kolleginnen sich neben die ständige Arbeiterschaft und damit geschlossen hinter den Verband stellten. Hätten die Kolleginnen weiter in der von ihnen bis dahin eingenommenen Gleichgültigkeit verharret, dürften die Unternehmer den Lohnabbau glatt durchgeführt haben. Denn zähe genug haben sie ihre Pläne durchzusetzen versucht, dauerte die Bewegung doch vom Juni bis Ende Oktober, bis sie zum Abschluß kam.

Unsere Kollegenschaft wird hoffentlich aus ihr die entsprechenden Lehren ziehen, sie dürfte sich klar geworden sein darüber, daß das Erreichte in der Zukunft nur zu halten und Verbesserungen zu erreichen sind, wenn sie weiterhin dem Verband die Treue halten. Nicht nur aus wohlverstandenen eigenen Interesse, sondern auch aus moralischem Empfinden und aus tiefinnerster Überzeugung heraus sollte jeder Arbeitnehmer Gewerkschafter werden, sein und bleiben.

Runge.

## Um den Ausbau der Erwerbslosenfürsorge.

Erhöhung der Unterstützungen — Regierungskrise.

In unserm Bericht über den Ausbau der Erwerbslosenfürsorge in der vorigen Nummer unserer Zeitung brachten wir zum Ausdruck, daß wohl das Plenum des Reichstags den Anträgen der Regierungsparteien entsprechend beschließen würde. Die dramatischen Vorgänge, die bei den entscheidenden Abstimmungen im Reichstage sich inzwischen abgespielt haben, konnten freilich nicht vorausgesehen werden.

Die Anträge der Sozialdemokratischen Partei gingen dahin, daß die Unterstützungssätze der Erwerbslosen um 30 Proz. die Zuschläge für die Familienangehörigen um 20 Proz. erhöht werden

sollten, bedeuteten also das Doppelte dessen, das die Regierungsparteien gewähren wollten. Die beantragte namentliche Abstimmung über die sozialdemokratischen Anträge brachte das überraschende Ergebnis, daß sie mit 205 gegen 141 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen wurden. Das war dadurch zustande gekommen, daß die Deutschnationalen mit den Völkischen und Kommunisten dafür gestimmt hatten. Bei den Deutschnationalen waren es natürlich, wie auch ihr Führer Graf Westarp erklärte, keine sachlichen Gründe, die sie zu dieser hinterhältigen Handlung veranlaßten, sondern es war die Absicht, eine Regierungskrise herbeizuführen und in deren Ausnutzung wieder in die Regierung hineinzukommen.

Dieser einen Überraschung folgte bald die zweite in Gestalt einer Feststellung des Reichstagspräsidenten, daß es sich bei den Abstimmungen nicht um ein Gesetz, sondern nur um Anträge an die Regierung gehandelt habe, denen diese ganz nach Belieben entsprechen könne. Ja, unser Parlamentarismus läßt eben die vielseitigsten Möglichkeiten zu! —

Die Regierung hat dann auch von diesem Gebrauch gemacht, sich um den Beschluß des Reichstags nicht weiter gekümmert, sondern einfach durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministers die Unterstützungssätze der Erwerbslosen den Anträgen der Regierungsparteien entsprechend erhöht. Das bisherige System wird beibehalten.

Bei den Ledigen wird weiter unterschieden zwischen Ledigen, die in ihrer Familie leben, und solchen, die „allein stehen“. Die Unterstützung der Alleinstehenden wurde gegenüber den bisherigen Sätzen um 15 v. H. erhöht. Für nichtalleinstehende Ledige und Familienhäupter, die Zuschläge für unterhaltsberechtigten Familienmitglieder beziehen, beträgt die Erhöhung 10 Proz.

Die Zuteilung zu den Ortsklassen und Wirtschaftsbezirken bleibt unverändert. Der zulässige Höchstbetrag der Unterstützung (Hauptunterstützung und Zuschläge) ist so erweitert, daß er erst bei Familien mit vier Kindern erreicht wird. Es ist jedoch bestimmt worden, daß in solchen Fällen, wo die Gesamtunterstützung „den durchschnittlichen Arbeitsverdienst vergleichbarer Arbeitnehmergruppen erreichen würde“, die Familienzuschläge nicht höher sein dürfen als die Hauptunterstützung der Erwerbslosen selbst. — Die selbständigen Unterstützungen, die mehrere in einem gemeinsamen Hausstand lebende Familienmitglieder erhalten, dürfen (wie bisher schon) insgesamt das Zweieinhalbfache der Unterstützung nicht übersteigen, die dem höchstunterstützten Mitglied der Familie für seine Person zusteht.

Der von den Deutschnationalen beabsichtigten Regierungskrise wurde von den Parteien, die an dem Bestand der republikanischen Staatsform ein Interesse haben, dadurch begegnet, daß man sich zu entgegenkommenden Verhandlungen zusammenfand. Dabei ist von den Sozialdemokraten erreicht worden, daß der Entwurf einer Krisenfürsorge sofort dem sozialpolitischen Ausschuß überwiesen und in mehreren Punkten verbessert wurde.

### Die Krisenfürsorge

Ist nicht nur den jetzt zur Aussteuerung kommenden Erwerbslosen, sondern auch all denen zu gewähren, die schon in der Zeit vom 1. April bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes wegen Ablaufs der gesetzlichen Unterstützungsdauer aus der Erwerbslosenfürsorge ausgeschieden sind. Damit sind auch alle diejenigen einbezogen, die nicht nach 52 Wochen, sondern nach 39 Wochen ausgesteuert worden sind. Ferner sollen auch ausgesteuerte Erwerbslose, die aus irgendeinem Grunde nicht von der öffentlichen Fürsorge unterstützt worden sind, auf Antrag in die Krisenfürsorge aufgenommen werden können.

Die Wartezeit ist fortgefallen für alle Erwerbslosen. In besonderen Härtefällen kann die Krisenfürsorge auch solchen ausgesteuerten Erwerbslosen gewährt werden, die vor dem 1. April ausgesteuert worden sind, wenn in ihrem Bezirk oder ihrem Beruf besonders lange Erwerbslosigkeit bestanden hat. Sie müssen ihren Antrag bis zum 31. Dezember dieses Jahres stellen. Die Verpflichtung der Gemeinden, den Arbeitswillen und die Arbeitsfähigkeit bei Übernahme in die Krisenfürsorge noch einmal besonders zu prüfen, fällt fort.

Um die volle Auszahlung der Krisenfürsorge auch in den notleidenden Gemeinden den ausgesteuerten Erwerbslosen zu sichern, soll es den Gemeinden ermöglicht werden, in jedem Fall auch den ihnen zur Last fallenden 25prozentigen Anteil an der Krisenfürsorge wirklich auszuzahlen.

So ist der zähen Ausdauer und den taktischen Maßnahmen der sozialdemokratischen Fraktion doch gelungen, erhebliche Verbesserungen der Erwerbslosenfürsorge durchzusetzen.

### Neue Vorschriften über die Anwartschaftszeit in der Erwerbslosenfürsorge.

Auf Grund des § 4 Abs. 2 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 hat der Reichsarbeitsminister folgende Anordnung herausgegeben:

I.

„Artikel 1 der Vierten Ausführungsverordnung zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 4. Juli 1924 (Reichsgesetzblatt I S. 663) erhält folgende Fassung:

„In die in § 4 Abs. 1 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 (Reichsgesetzbl. I S. 127) bezeichnete Frist von 12 Monaten wird diejenige Zeit nicht eingerechnet, während der der Erwerbslose

1. eine Beschäftigung ausgeübt hat, die ihrer Art nach die Anwartschaft auf Erwerbslosenfürsorge begründet, aber weniger als drei Monate gedauert hat, oder

2. durch Krankheit zeitweise arbeitsunfähig und nachweislich verhindert gewesen ist, eine solche Beschäftigung fortzusetzen, oder

3. auf behördliche Anordnung in einer Anstalt verwahrt wurde.“

II.

Diese Anordnung tritt am 1. November 1926 in Kraft.

Damit sind eine Reihe grober Ungerechtigkeiten bei der Berechnung der Anwartschaftszeit in der Erwerbslosenfürsorge beseitigt. Bisher war es so, daß der Erwerbslose durch eine Arbeitsaufnahme, die länger als eine Woche dauerte, den alten Unterstützungsfall beendigte, daß also im Falle erneuter Erwerbslosigkeit ein neuer Unterstützungsfall mit abermaliger Prüfung aller Voraussetzungen des Unterstützungsanspruchs eintrat.

Da aber dann sich oftmals innerhalb der letzten 12 Monate keine 13 (sondern nur 12) Wochen versicherungspflichtiger Beschäftigung nachweisen ließen, so schied der Betreffende aus der Unterstützung aus. Ähnliches kam bei Erkrankten oder vorübergehend in einer Anstalt Untergebrachten vor. Diese Fälle sind durch die nunmehrige Anordnung des Reichsarbeitsministers insofern zufriedenstellend geregelt, als die Zeit vorübergehender Arbeitsaufnahme, Krankheit und Anstaltsaufenthalt nicht mehr in die zwölfmonatige Frist eingerechnet wird, daß also durch sie der Unterstützungsbezug nicht verkürzt werden kann.

## Erwerbslosenfürsorge in der Gärtnerei.

### Eine Richtigstellung.

Die „Soziale Praxis“, die geschätzte sozialpolitische Zeitschrift, nimmt in Nr. 45 davon Notiz, daß die Höchstdauer der Erwerbslosenunterstützung für die Arbeitnehmer in der Gärtnerei durch Erlass des Reichsarbeitsministers ebenfalls auf 39, damit praktisch auf 52 Wochen festgesetzt worden ist, und bemerkt dazu: „Die Gärtnerverbände haben damit einen vollen Erfolg ihrer mit gutem Material gestützten Bemühungen aufzuweisen.“

Dazu möchten wir berichtigend bemerken, daß die darin liegende Anerkennung erfolgreicher Tätigkeit den anderen Gärtnerverbänden nicht zukommt. Die Organisation der Arbeitgeber hat nicht nur nichts für die Ausgestaltung der Erwerbslosenfürsorge getan, sondern jede Gelegenheit benutzt, dagegen zu wirken. Und die beiden anderen Arbeitnehmerverbände — dienen auch anderen Interessen, als sie nach außen vorgeben. Sie haben jedenfalls in den Arbeitslosenfragen, die die deutsche und die gärtnerische Wirtschaft aufs tiefste berühren, noch nicht einen Finger krumm gemacht. Der Reichsverband der Privatgärtner hat es noch nicht einmal für nötig erachtet, über den von der „Sozialen Praxis“ anerkannten Erfolg zugunsten der Erwerbslosen eine bekanntgebende Notiz zu bringen. Er duldet es sogar, daß in seinem farnosen „Organ“ die Arbeitslosen verhöhnt und geschmäht werden.

Die Anerkennung der „Sozialen Praxis“ dürfen also wir für unseren Verband, der übrigens ja auch der allein ausschlaggebende ist, voll und ganz in Anspruch nehmen.

### Warum wird die Gärtnerei nicht von der Erwerbslosenfürsorge befreit?

Dem Bericht über eine Versammlung des Landesverbandes Sachsen im R. d. d. G. im „Sächsischen Gärtnerblatt“ entnehmen wir folgende kleine, aber feine Notiz: „Herr Richter, Crimmitschau, fragte an, warum die Gärtnerei, trotzdem sie zur Landwirtschaft gehöre (!), von der Erwerbslosenunterstützung nicht befreit werde. Herr Dänhardt gab die entsprechenden Erläuterungen (!).“

Wie mögen die wohl ausgesehen haben? — Ist das nicht sehr bezeichnend, daß Herr Dänhardt nur die unzutreffenden Behauptungen der Zugehörigkeit zur Landwirtschaft in aller Ausführlichkeit wiederholt, aber die Tatsachen, die das Gegenteil beweisen, verschweigt?

## Die Notwendigkeit wirtschaftlicher Eingriffe.

begründet mit der ihm auszeichnenden Klarheit und Bestimmtheit der Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Hirsch in zwei Artikeln, die er unter der Überschrift: „Und abermals: helft den Arbeitslosen!“ im „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht. Hirsch legt den Nachdruck auf die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die zur Bekämpfung der



Arbeitslosigkeit geeignet sind und geißelt aufs schärfste die Politik der Banken, denen es bei ihrer Einstellung: viel Geld für Spekulation, wenig für Produktion, sehr gut geht. Er fordert, daß sämtlichen Banken, die zwischen Debet- und Kreditzinsen einschließlich aller mittelbaren oder unmittelbaren Kreditprovisionen eine höhere Spanne als in der Vorkriegszeit, nämlich zwei Prozent und für die kurze Übergangsfrist des notwendigen Kostenabbaues drei Prozent benötigen, die Rediskontmöglichkeit bei der Reichsbank gesperrt und ihnen je nach Lage des Falles das Depositenrecht bestritten wird.

Dieselbe Maßnahme ist bei all denjenigen Banken anzuwenden, deren gedeckte Kredite mehr als etwa ein Zehntel der Gesamteinlagen bei ihnen ausmachen. Hirsch fordert weiter eine große innere Wohnungsbauanleihe, betont die Notwendigkeit des Preisabbaues und stärkere Maßnahmen gegen die Kartelle, verlangt eine gesunde Handelspolitik und eine umfassende Ödlandskultur. Das Arbeitsprogramm solle in einem Notgesetz der deutschen Arbeitsbeschaffung zusammengesetzt werden.

Tatsächlich hat die Regierung auf allen Gebieten, die zur nachhaltigen Bekämpfung der Krise in Betracht kommen, bisher so gut wie gänzlich versagt. Die Arbeitslosigkeit droht wiederum zu steigen. Es wäre an der Zeit, daß nun endlich die große Aufgabe in Angriff genommen wird, durch Beseitigung der noch vorhandenen Mißstände im Bank- und Kartellwesen, durch eine Befruchtung des Wohnungsbaues und eine Ausgestaltung der Handelspolitik den Grund zu einem anhaltenden Konjunkturaufstieg zu legen. Statt dessen läßt man ruhig die Dinge laufen, bis auf den kurzen Wellenberg der Konjunkturbesserung wieder ein Rückschlag erfolgt, den die Regierung sogar selbst voraussieht, ohne auch nur im geringsten mit energischen Maßnahmen gegen die wirklichen Krisenursachen anzukämpfen.

## Gedanken eines Arbeitslosen.

In den Tageszeitungen aller Richtungen, in Fach- und Geschäftsblättern liest man heute von der Arbeitslosigkeit, überall wird dabei von der schlechten Geschäftslage berichtet, diese als Schuld angegeben; auch in der Gärtnerei hört man solche Klagen, und ein großer Teil unserer Kollegen ist schon bald ein ganzes Jahr, selbst im Frühjahr und Sommer, auf Unterstützung angewiesen, um sich vor dem Verhungern zu schützen. Nun kommt der Winter, und die Zahl der Arbeitslosen wird weiter eine erschreckende Steigerung erfahren.

Vor dem Kriege hatten wir wohl im Winter Arbeitslose, aber sie verhungerten damals selbst ohne Unterstützung nicht. Sie konnten sich noch immer redlich durchschlagen, denn die Verhältnisse ließen es zu, daß man während der Arbeitsmonate einige Groschen zurücklegen konnte. Jetzt ist es anders, selbst bei ständiger Arbeit reicht der Lohn nur, um von heute auf morgen leben zu können. Andere Arbeit zu suchen, ist auch aussichtslos, denn in anderen Erwerbszweigen steht es nicht besser. Und noch immer ist nicht einmal die Absicht zu erkennen, hier Abhilfe zu schaffen. Von dem Gejammer der Unternehmer über schlechten Geschäftsgang lassen sich Regierung, Behörden und Parlamente noch immer bei ihrer Unterlassung eingreifender Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit beeinflussen.

Mag nun auch in der Landschaftsgärtnerei die Lage schlechter sein als vor dem Kriege und ihre Belegung erst bei größerer Bau-tätigkeit zu erwarten sein, so liegt es in den anderen Gärtnereibetrieben ganz anders. Geht man durch die Betriebe, so sieht man überall Zukauf von Grundstücken, Neubauten von Gewächshäusern in modernsten Konstruktionen und größten Dimensionen. Trotzdem soll der Geschäftsgang ein so schlechter sein, daß Tausende von Gehilfen und Gartenarbeitern arbeitslos sein müssen? Aber wir leben ja im Zeitalter der Rationalisierung, die man so versteht, daß man die Hälfte der Arbeiter die doppelte Zeit ins Joch nimmt, um die gleiche Arbeit zu schaffen. Da läßt sich der Lohn drücken und auch die „soziale Last“ der Kranken- und Altersversicherung abbauen. Das gibt doch schon eine schöne Ersparnis.

Unsere gesetzliche und tarifliche Arbeitszeit ist 8 bzw. 9 Stunden, aber weder Regierung noch Polizei unternehmen die nötigen energischen Schritte, der Verletzung dieser Bestimmungen entgegenzutreten. Ganz besonders in Süddeutschland finden wir in den Gärtnereien fast überall Arbeitszeiten von 12, 13 und 14 Stunden, dabei ist an einen Lohnaufschlag für diese Überstunden gar nicht zu denken. Es gibt hier Betriebe, die es an 6 Tagen der Woche auf über 100 Stunden bringen. Hier eingzugreifen ist dringend erforderlich. Solange noch arbeitslose Gärtner Erwerbslosenunterstützung bekommen, darf unsere gesetzliche oder tarifliche Arbeitszeit nicht überschritten werden. Zur strengen Beachtung dieses Grundsatzes muß sich aber jeder unserer noch arbeitenden Kollegen durchringen, dessen eingedenk, daß auch er eines schönen Tages die Armee der Arbeitslosen vergrößern könnte. Unverhofft kommt oft.

H. A., Landstuhl.

## Noch einiges über Schwarzarbeit.

Kollege Schauer hat in Nr. 18 der „A. D. G.-Z.“ sehr treffend die Nachteile und Gefahren der Schwarzarbeit geschildert. Es wäre zu begrüßen, wenn unsere Mitgliedschaften auch in anderen Orten in gleicher und energischer Weise wie in Hamburg dagegen vorgehen würden. Trotz leichter Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage breitet sich die Arbeitslosigkeit in unserem Berufe noch immer weiter aus. Wir haben also besondere Ursache, darauf zu achten, daß die geringe Arbeitsmöglichkeit durch Schwarzarbeit nicht noch mehr verschlechtert wird.

Die Schwarzarbeit, das ist Arbeit außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit auf eigene Rechnung des Arbeiters für fremde Personen, wird auch von einem Teil unserer Arbeitgeber, besonders der Landschaftsgärtnerei, verworfen und bekämpft. Allerdings nicht aus idealen Gründen im Interesse der Arbeitslosen, sondern aus selbstsüchtigen Motiven, weil sie ihren Profit geschmälert sehen. Diese Unternehmer haben oft bei Tarifverhandlungen auf die Konkurrenz der Schwarzarbeit hingewiesen und von uns ihre Beseitigung verlangt. Diese Feindschaft gegen die Schwarzarbeit ist bei den Unternehmern der anderen Branchen nicht anzutreffen, im Gegenteil, viele begünstigen sie und ziehen aus ihr ihre Vorteile. Es ist doch nichts anderes wie Schwarzarbeit, wenn Baumschul-Unternehmer ihren Arbeitern Pflanzen zur Weiterkultur geben. Besonders ausgeprägt ist dieses System in Halstenbek-Rellingen. Viele der dort beschäftigten Kollegen haben Eigen- oder Pachtland. Die Unternehmer liefern ihnen eine Anzahl Forstpflanzen zur Weiterkultur, die nach einem oder zwei Jahren wieder an den gleichen Unternehmer für einen bestimmten Preis zurückgeliefert werden. Die Kollegen gewinnen bei dieser Bodenkultur mehr, als wenn sie Kartoffeln, Getreide oder Gemüse anbauen würden. Natürlich müssen diese Kollegen ihre ganze Freizeit der Kultur der ihnen anvertrauten Pflanzen widmen, die oft einen solchen Umfang annimmt, daß Hilfskräfte angenommen werden, weil sie allein die Arbeit nicht schaffen können.

Diese Arbeit wird außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit geleistet, ist also Schwarzarbeit, denn sie geschieht auf Kosten der Arbeitslosen. Es könnte eine erhebliche Anzahl Arbeitskräfte mehr beschäftigt werden, wenn die Baumschulen die Pflanzen im eigenen Betriebe weiter kultivierten.

Ähnliche Schwarzarbeit treffen wir auch in den Samenbau-gebieten an, sei es, daß die Arbeiter Samen für ihren Arbeitgeber ziehen, oder daß sie das Verlesen von Hülsenfrüchten usw. als Heimarbeit nach Feierabend übernehmen. Solche Arbeiten wurden noch nie von den Unternehmern bekämpft, sondern gewünscht, sogar gefordert, und zwar, weil sie ihnen gesteigerten Profit bringen.

Wir müssen aber solche Arbeitsleistungen mit der Schwarzarbeit gleichstellen. Immer bedeuten sie eine Schädigung der Interessen sowohl der Arbeitslosen wie der Kollegen, die diese Arbeit leisten. Wir verlangen eine Verkürzung der Arbeitszeit, damit auch der Arbeiter Zeit gewinnt, um als Mensch zu leben und zu genießen. Was nützt aber eine tariflich geregelte, kurze Arbeitszeit im Betriebe, wenn die Arbeiterschaft ihre Freizeit auf dem Wege solcher Schwarzarbeit zur Verlängerung der Fron für den Arbeitgeber umgestaltet? Sie bringt sich damit in dieselbe Lage wie die Arbeiter, die 12 oder 14 Stunden im Betriebe schuften. Wir müssen also Schwarzarbeit dieser oder jener Art, wie auch das Überstundenwesen aus den gleichen Gründen verwerfen und bekämpfen.

## Unmögliche Gestaltung des Arbeitsgerichtsgesetzes.

Bei der außerordentlichen Wichtigkeit des Arbeitsgerichtsgesetzes und infolge der bedauerlichen Tatsache, daß alle den Arbeitnehmern mehr oder weniger feindlichen Bevölkerungsschichten mit allen Mitteln die Schaffung der Arbeitsgerichte entweder ganz verhindern oder dieselben weitgehend unter ihren Einfluß bringen wollten, mußte man bei der Beratung im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages auf mancherlei Widerstände gefaßt sein. Die Widerstände, die sich aber am letzten Beratungstage ergeben haben, waren nicht vorauszusehen. Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages hat nämlich mit Mehrheit beschlossen, die Vereinbarung von Schiedsgerichten auch zwischen einzelnen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zuzulassen und die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Innungsschiedsgerichte aufrechtzuerhalten. Diese Beschlüsse bedeuten nicht mehr und nicht weniger als die Gefährdung des Arbeitsgerichtsgesetzesentwurfes. Durch dieses Gesetz soll die unmögliche Zersplitterung, die gegenwärtig vorhanden ist, beseitigt und eine vollkommene Vereinheitlichung erzielt werden.

Wenn aber zwischen einzelnen Arbeitgebern und Arbeitnehmern besondere Schiedsgerichte vereinbart werden können, kann jeder beliebige Arbeitgeberverband seine Mitglieder anweisen, mit jedem Arbeiter oder Angestellten übereinstimmende Schiedsgerichtsver-

träge im Arbeitsvertrag festzulegen und dadurch die ganzen Arbeitsgerichte insoweit lahm legen.

Alle Entscheidungen dieser Schiedsgerichte haben keinerlei praktische Bedeutung, weil immer die Partei, die unterlegen ist, durch Klage bei dem Amtsgericht mit Berufungsmöglichkeit bei dem Landesgericht den Streitfall erneut aufrufen kann. Die Anrufung solcher Schiedsgerichte bedeutet weiter nicht als eine Verzögerung. Der ordentliche Rechtsweg mit seinem langsamen Verfahren und dem Rechtsanwaltszwang in der zweiten Instanz ist eine weitere Verzögerung und außerordentliche Verteuerung.

Die Arbeitgeberverbände und die Innungen würden sich zweifellos auf die neuen Möglichkeiten mit aller Energie stürzen. Das ganze Arbeitsgerichtsgesetz, wenn es in dieser Form verabschiedet würde, wäre eine Groteske, mit der sich Deutschland in der ganzen Welt lächerlich machen würde.

Die Gewerkschaften müssen mit aller Energie erklären, daß es so nicht geht.

## Zusammenschluß-Erinnerungen.

Der von Gustav Hülser vor einigen Wochen losgelassene „Offene Brief“ hat bisher keine sonderliche Wirkung ausgelöst. Nur in „Möllers Deutscher Gärtner-Zeitung“ tritt, durch ihn aus zehnjährigem Kyffhäuser Schlaf aufgeweckt, ein Mann auf den Plan, der anscheinend das Erstgeburtsrecht des Gedankens einer „Reichsvereinigung“ geltend machen will, — Hans Braun. Wer und was ist Braun? In den weitesten Kreisen derjenigen Kollegen, die praktisch und tatkräftig für die Organisation der Arbeitnehmer tätig sind und waren, jedenfalls ein Unbekannter. Wohl einer von denen, die in unseren Fachzeitschriften gegen den Splitter des „Eigendünkel“ wettren, der ihnen als dicker Balken im eigenen Auge sitzt. Immerhin frischt er diesmal eine Erinnerung auf, die Hülser's Entwicklung vom klardenkenden, ehrlichen Arbeitnehmervertreter zum Söldnerknecht reaktionärster Unternehmer ganz trefflich beleuchtet. Als 1918 in der Vorannahme großen Geschehens auf politischem Gebiet im „Möller“ von mehreren Kollegen, darunter auch von obigem Hans Braun, der Gedanke eines Einheitsverbandes der gärtnerischen Arbeitnehmer ausgesprochen und erörtert wurde, schrieb Gustav Hülser dazu: „Wie die Dinge heute liegen, ist dieser Einheitsverband in der nahen Zukunft unmöglich. Fände sich wirklich auf die Anregung der beiden Kollegen ein Kreis von Idealisten zusammen, um ihn doch zu gründen, so hätten wir damit anstatt eines wirklichen Einheitsverbandes zu den bisherigen drei Verbänden glücklich den vierten. In Deutschland gibt es in keinem einzigen Beruf den Einheitsverband der Arbeitnehmer! Sollte das Zufall, Mangel an Intelligenz oder persönliche Quertreiberei sein? Keinesfalls. Deutsche Eigenart hat diese Entwicklung geschaffen... Ist also die Form der Einheitsorganisation heute nicht möglich, ihre Wirkung haben wir uns mit der „Arbeitsgemeinschaft“) der Arbeitnehmerverbände gesichert.“

Das war eine durchaus richtige und klare Stellungnahme. Mit Recht weist der jetzige gräf. Schloßgärtner Hans Braun auf den Widerspruch hin, der zwischen Hülser's damaliger Zurechtweisung und seinem jetzigen „Offenen Brief“ klafft. Nur ist leider auch Hans Braun nicht der Berufene, den arbeitnehmenden Gärtnern Vorlesungen über „Einigkeit“ und organisatorischen Zusammenschluß zu halten; denn er schrieb selbst seinerzeit (vgl. „M. D. G.-Z.“ Nr. 9/1918): „Ich für meine Person habe es nicht nötig, mich für Verbandsgründungen zu bemühen oder Anregungen dazu öffentlich bekannt zu geben. Nur der „moralische Niederdruck“, den wir arbeitnehmenden Gärtner empfinden, ist der Grund meiner Anregung.“

Hätten wir nicht gar so viele derartige komische Käuze unter den gärtnerischen Arbeitnehmern, die es für „ihre Person nicht nötig“ haben, dann wäre der „moralische Niederdruck“ längst von uns gewichen und auch die Arbeitnehmer hätten die starke Organisation, die ihnen so bitter nottut. Diese ist aber nicht zu erreichen, wenn man in zehnjährigen Abständen mal einen Artikel losläßt, um sich gedruckt zu sehen, sondern nur, wenn auch alle diejenigen, die angeblich es „nicht nötig haben“, ihre unter moralischem Niederdruck verfaßten schönen Worte in die moralischen Hochdruck auslösenden Taten umsetzen. Werden die sich Arbeitnehmer-Verbände nennenden Organisationen dann auch mit dem wahren Arbeitnehmergeist erfüllt und von ehrlicher Erkenntnis geleitet, dann wird es nicht schwer sein, sie zu gemeinschaftlicher Arbeit für die wichtigsten Arbeitnehmerinteressen auch wieder zusammenzuführen, so wie es zu der Zeit, als Hülser noch als Arbeitnehmer fühlte und handelte, gelingen konnte.

\*) Dieser Arbeitsgemeinschaft war der damals noch bestehende Verband der Privatgärtner nicht beigetreten.

**Lest das „Gärtnerei-Fachblatt“, es ist ein unentbehrliches Fortbildungsmittel für jeden Weiterstrebenden.**

## Wenn Menschen nicht so wankelmütig wären.

Man braucht kein großer Philosoph zu sein, um darüber nachzudenken, wieviel besser es wohl um die heutige Lage der Arbeiterschaft bestellt sein könnte, wenn die Menschen nicht so schwankend, sondern fester in ihren Entschlüssen wären. Diese Begriffe sind in ihrer Wirksamkeit so dehnbar, daß ich mich nur darauf beschränken will, sie auf unseren Beruf in Anwendung zu bringen. Obwohl es feststeht, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen gerade unser Beruf in der Vorkriegszeit so außerordentlich zu leiden hatte, heute bedeutend bessere geworden sind, und diese günstige Umgestaltung einzig und allein das Verdienst unseres Verbandes ist, so frage ich mich immer wieder, wie es kommt, daß noch viele Kollegen abseits stehen, obwohl sie die Vorzüge der Organisation durchaus einsehen. Tritt man nun an solche Kollegen heran, um sie in ihrem eigenen Interesse für den Verband zu gewinnen und ihnen an Hand unumstößlicher Tatsachen klarzumachen, daß nur ein enger Zusammenschluß aller verfügbaren Kräfte es ermöglicht, das immer noch ferne Ziel — wirkliche endgültige Befreiung vom anmaßenden Herrenrecht der Unternehmer — zu erreichen, so bekommt man oft die lächerlichsten Antworten zu hören, die ihr Fernbleiben von der Organisation rechtfertigen sollen.

Diese Gründe, die sich ja auf jeden Fall und immer widerlegen lassen, sind oft derartig mannigfaltig, daß es geradezu erstaunlich ist, wie erfinderisch der Geist dieser Kollegen ist. Daß dabei Wahrheit und Aufrichtigkeit eine nebensächliche Rolle spielen, brauche ich im weiteren wohl nicht besonders zu betonen. Das Sonderbare ist nun, daß jener Teil der Kollegschaft, der sich schon nach kurzer Rücksprache von der Notwendigkeit eines Zusammenschlusses hat überzeugen lassen, von jenem wieder so leicht ins Schlepptau genommen wird, der die Ansicht vertritt, daß der Verband überflüssig sei.

Es ist nun Aufgabe der organisierten Kollegen, an dieser Stelle den Hebel anzusetzen, um mit allen Mitteln der eigenen Überzeugung dafür zu kämpfen, die Organisation zu stärken, jede nur mögliche Gelegenheit zu benutzen, die Lauen und Flauen zum Guten zu bekehren, die Wankelmütigen zu grundsatzfesten Gewerkschaftern umzuformen. Einmal und endlich wird dann der Zeitpunkt kommen, wo auch der letzte und größte Widersacher besiegt sein wird — zum Wohle seiner selbst und der Allgemeinheit.

Ernst Altwein.

## Blumengeschäfte

### Schein und Sein.

Die Blumengeschäftsinhaber beteuern in wortreichen Reden und Aufsätzen ihr ungeheuer großes Interesse an einer möglichst guten Vor- und Ausbildung ihres Personals. Sie bersten schier vor Hochgefühl ob ihres „höheren Binde- und Lehrganges“ in Weihestephan und feiern diesen mit einer Überschwenglichkeit in jeder Nummer ihrer Verbandszeitung, daß jeder Außenstehende meint, die Blumenbinderei müsse ein wahres Paradies sein. Doch in der Praxis schaut's anders aus. Wie trübe es mit der fachlich-praktischen Ausbildung in Berliner Blumengeschäften bestellt ist, zeigte erst die letzte Lehrlingsprüfung, über die wir in Nr. 21 berichteten. Vor kurzem forderte nun in einer Protestversammlung gegen die erhöhte Gewerbesteuer die Gruppe Berlin des „Verbandes der Blumengeschäftsinhaber“ nach einem Referat des Verbandsyndikus Dr. Knauer nicht nur eine Ermäßigung der Gewerbesteuer, sondern auch Abschaffung des Berufsschulbeitrages. Für die theoretische Ausbildung der Lehrlinge hat man also kein Geld übrig.

### Lehrlingszücherei in Frankfurt a. M.

Die Verhältnisse in den Blumengeschäften gestalten sich für die Angestellten von Jahr zu Jahr trostloser. Schon im vorigen Jahre konnten die sieben ausgelernten und geprüften Binderinnen keine Stellung in anderen Geschäften finden. Noch konnten sie im gleichen Betriebe bleiben, doch wie lange noch, dann drängt der junge immer zahlreicher werdende Nachwuchs nach und sie hinaus. In einigen Jahren wird eine ältere Binderin dann zu den Seltenheiten gehören. Eine Firma z. B., die bisher in sozialer Beziehung zu den besten gezählt werden konnte, beschäftigt jetzt bei sechs Binderinnen sieben Lehrlinge. So können die Dinge nicht weiterlaufen, sondern wir müssen auch wie in der Gärtnerei zu einer Regelung kommen, die die Zahl der Lehrlinge im Verhältnis zu der der Binder und Binderinnen festsetzt.

## Lehrlings- und Bildungswesen

### Fachkurse in Stuttgart.

In den Fächern: Bau und Leben der Pflanze, Bodenkunde, Düngerlehre, Schädlingsbekämpfung finden Abendkurse statt für Anfänger Dienstags von 7 bis 9 Uhr, für Fortgeschrittene Freitags von 7 bis 9 Uhr in der Gärtnerfachklasse der neuen Gewerbeschule „Hoppenlau“, Ecke Seiden- und Rosenbergstraße, Zimmer 52.



Vorgesehen sind 20 Abende zu je zwei Stunden. An Kursusgeld sind 8 M. zu zahlen. Der Materialverbrauch für Versuche wird für alle Teilnehmer mit insgesamt 40 M. berechnet.

Die Anregung zur Veranstaltung der Kurse ging von unserem Verbands aus und ist festzustellen, daß sowohl die Leitung der Gewerbeschule, als auch die Herren Gewerbelehrer das allergrößte Entgegenkommen zeigten. Die neue Gewerbeschule „Hoppenlau“, die sonst die gleiche Ausstattung wie die anderen Stuttgarter Gewerbeschulen, Jobst- und Weimarstraße, aufweist, hat für die Gärtner einen besonderen Lehrsaal mit allen erforderlichen Lehrmitteln und ein kleines Gewächshaus für Düngungsversuche und Schädlingsbekämpfung erhalten.

Der Besuch der beiden Kurse mit 53 Teilnehmern beweist, daß mit ihrer Anregung und Durchführung einem dringenden Bedürfnis entsprochen worden ist.

Die leidige Raumfrage, welche bisher die Abhaltung von Abendkursen verhinderte, ist nun beseitigt und ist zu hoffen, daß gleich den anderen Berufen auch die Gärtnerkurse zu einer dauernden Einrichtung werden. Die Notwendigkeit dieser Kurse dürfte unbestritten sein. Der junge Kollege, der während seiner Lehrzeit im Tagesunterricht eine solche gute Grundlage des Fachwissens erhält, wie es in der Gärtnerklasse der Stuttgarter Gewerbeschule geboten wird, darf sich freuen; der ältere Kollege, dem in den meisten Fällen früher jede Gelegenheit zur Aneignung theoretischer Kenntnisse fehlte, hat Gelegenheit, in den Kursen das nachzuholen.

Wir hätten allerdings erwartet, daß die Arbeitgeberorganisation in Verbindung mit der Landwirtschaftskammer sich verpflichtet gefühlt hätten, auch ihrerseits Schritte zu unternehmen, um die Erlangung der zu den Gartenmeisterprüfungen erforderlichen Kenntnisse zu sichern oder doch zu unterstützen. Es ist doch wirklich nicht damit getan, daß man eine Gartenmeisterprüfung festsetzt (für welche übrigens bis jetzt noch bestimmte Richtlinien fehlen), sondern es muß verlangt werden, daß gleich den Vorbereitungskursen der Handwerkskammer und den dort bestehenden bestimmten Anforderungen bei den Prüfungen auch für die Gärtner etwas Gleichartiges geschaffen wird.

Oder soll etwa durch diese Verschiedenheit die angebliche Nichtzugehörigkeit der Gärtnerei zum Gewerbe zum Ausdruck gebracht werden? — Was aber könnte ihrerseits als Ersatz für diesen Gewerbeschulunterricht geboten werden? F. Arnold, Stuttgart.

## Berichte

### Umstellung der Arbeitgeber im Bergischen Land.

Im Bergischen Land, in den für uns in Betracht kommenden Wupperstädten Barmen-Elberfeld, Solingen und Remscheid, besteht seit dem 1. November 1926 ein neuer Tarifvertrag, der nach erfolgreichen Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß von beiden Parteien angenommen, und dessen Allgemeinverbindlichkeitserklärung jetzt sogar von den Arbeitgebern dringend gefordert wurde. Da dieser Tarifvertrag im wesentlichen dieselben Bestimmungen und Lohnsätze enthält, die den Arbeitgebern noch vor wenigen Wochen im alten Tarif als untragbar erschienen, so kann kurz festgestellt werden, daß es sich hier um einen vollkommenen Umschwung in der Meinung der dortigen Unternehmer handelt, von dem selbst Herr Georg Arends, Ronsdorf, sich nicht ausschließen konnte. Möglich, daß auch entsprechende Klagen vor den Gewerbegerichten über Nachzahlungen aus dem vorherigen „Zwangstarif“, die in allen Fällen von uns erfolgreich durchgeführt wurden, zur Umstellung der dortigen Arbeitgeber wesentlich beigetragen haben. Aber auch die kaum noch zu unterbietende Schmutzkonkurrenz verschiedener Außenseiter, die kaum noch den „Ehrentitel“ Bruchschuster verdienen, dürfte bei den Unternehmern die Auffassung gestärkt haben, daß neue Wege beschritten werden müssen, die für entsprechende Leistung auch zeitgemäße Entlohnung sichern, und daß die Erfüllung dieser Aufgabe nur im Einvernehmen mit der Arbeitnehmerorganisation, niemals aber im Zusammenwirken mit solchen Elementen möglich ist. Wir begrüßen diese offensichtliche Umstellung im Arbeitgeberlager und richten an die Arbeitnehmer in diesem Bezirk die dringende Mahnung, sich restlos um unseren Verband zu scharen, der durch sein konsequentes Vorgehen sogar im Unternehmerlager einen Saulus in einen Paulus verwandelt hat. Wa.

### Wahrheit und „Dichtung“.

In einem Bericht über die Gartenbauausstellung in Gelsenkirchen ist in der „Rheinischen Gärtnerbörse“ zu lesen: „Der Gedanke, nur deutsches Obst zu zeigen, sowohl die ursprüngliche Absicht, lediglich den Erzeugern diese Ausstellung zugänglich zu machen, scheiterte an der Tatsache, daß die Kreisobstbau-Verbände weder in der Lage waren, auf Grund der diesjährigen Obsternte mengen- und qualitätsmäßig genügend Material zur Verfügung zu stellen, noch auch vielfach die Absicht zur wirksamen Beschickung der Ausstellung nicht vorhanden war. Die Leitung der Ausstellung sah sich daher genötigt, mit den Obstgroßhändlern in Verbindung zu treten, die bereitwillig die Beschickung dieser Ausstellung übernahmen, und weder Mühen noch Kosten scheuten, in dieser Abteilung einen Glanzpunkt der gesamten Veranstaltung zu schaffen.“

Dieses ehrliche Eingeständnis der wirklichen Zustände steht im seltsamen Kontrast mit den Aufschneidereien des Herrn Werner, Beuel, der als Vertreter des Reichsverbandes die üblichen Phrasen drosch, wonach „die höchsten Leistungen des deutschen Gartenbaues“ in erster Linie an der Wiederaufrichtung „unserer gesamten staatlichen Wirtschaft, beteiligt seien“. Man sollte solche Übergeschnappten schleunigst einer Kaltwasserheilanstalt zuführen.

### Fachkammer für Gartenbau.

Wiederholt konnten wir bereits Stimmen aus dem Lager der Arbeitgeber ziffern, die eine tiefe Unzufriedenheit über die öffentlich-rechtliche Vertretung der Gärtnerei durch die Landwirtschaftskammern zum Ausdruck brachten. Diese kritischen Stimmen mehren sich zusehends. So bringt die „Rheinische Gärtnerbörse“ vom 10. November folgende sehr beachtenswerte Ausführungen, die mit Rausch unterzeichnet sind:

... Nicht umsonst heißt es „wir Sachsen sind helle“. Wenn man den Bericht des Herrn Walter Dänhardt über die „Fachkammer für Gartenbau“ gelesen hat und insbesondere den Fortschritt im Lehrlingswesen betrachtet, dann müssen wir Preußen wirklich mit Neid nach dem „hellen“ Sachsen sehen. Ich will nicht die Tätigkeit unserer Gartenbauausschüsse bei den Landwirtschaftskammern hier monieren, auch nicht die Zusammensetzung dieser Ausschüsse bemängeln, doch wie es nun einmal ist, handelt es sich der freien, selbstbestimmenden, sächsischen Fachkammer für Gartenbau gegenüber, doch bei uns nur immer um ein Anhängsel der Landwirtschaftskammer. Die Interessengruppen können im Ausschuß, da ihnen eine willkürlich festgesetzte Vertreterzahl zugewilligt wird, teilweise ihre Ansichten und dringenden Wünsche nicht genügend vertreten. Die Wünsche des Ausschusses müssen, um Beschluß zu werden, von der Landwirtschaftskammer bestätigt werden. Auf die Zusammensetzung der Kammer aber haben wir Gärtner doch nur geringen Einfluß, da die Landwirtschaft bei weitem überwiegt. Wir werden dann, und das hat sich doch in der Zollpolitik gezeigt, als Austauschknickel oftmals ebenso gebraucht, wie unser Mitbruder bei der Landwirtschaftskammer, der Weinbau.

Gewiß ist unser Kampf, überhaupt eine Vertretung bei der Landwirtschaftskammer zu haben, den alten Reichsverbandsmitgliedern noch in vollem Bewußtsein, denn es ist doch erst etwa 20 Jahre her. Der damals noch kleine, aber tüchtige Reichsverband, Beckmann an der Spitze, war unermüdlich im Ansehen des gesteckten Zieles und nahm das Erreichbare.

Ich möchte unseren Vertretern und Führern in Berlin immer und immer wieder zurufen: „Der Freiheit eine Gasse!“ Eine kleine Selbständigkeit ist besser als goldene Abhängigkeit. Was in Sachsen die Kollegen erreicht haben: „Eine Fachkammer für Gartenbau“, müßte in Preußen auch möglich sein. Die Kosten werden höher sein, gewiß, zugeben, aber die kleine Pflanze wird edlere Früchte tragen und Blüten bringen, als der Zweig der großen, denn wir pflegen unsere eigene Kultur.“

### Internationaler Ausschuß für Gartenbaukongresse.

Die Niederländische Gesellschaft für Gartenbau und Botanik, die 1923 den ersten Internationalen Gartenbaukongreß in Amsterdam veranstaltete, hat jetzt die Initiative ergriffen, einen Internationalen Ausschuß für Gartenbaukongresse zu gründen. Dieser Ausschuß wird an erster Stelle die Beziehungen herstellen zwischen den aufeinanderfolgenden Kongressen, die in verschiedenen Ländern organisiert werden, und weiter dafür Sorge tragen, daß nicht in zwei Ländern zur gleichen Zeit oder in zu kurzem Zwischenraum internationale Gartenbaukongresse geplant werden, und daß diese nicht konkurrieren mit ähnlichen Kongressen auf verwandten Gebieten. Der zweite internationale Gartenbaukongreß wird jetzt von der Österreichischen Gartenbaugesellschaft organisiert und im September 1927 in Wien stattfinden.

Im Ausschuß, dessen Sekretariat Dr. M. J. Sirks in Wageningen, Holland, übernommen hat, sind die folgenden Länder vertreten: Belgien, Deutschland, England, Frankreich, Niederlande, Österreich, Polen, Ungarn, Schweiz.

### Ergebnisse der Volks- und Berufszählung.

In „Wirtschaft und Statistik“ werden die ersten speziellen Zahlen über Gärtnerei und Gartenbau bekannt gegeben. Allerdings noch nicht für das gesamte Reich, sondern nur erst für einige Länder, auch beschränken sie sich auf die Angabe der Erwerbstätigen und der Berufszugehörigen.

In Gärtnerei und Gartenbau	Erwerbstätige	Berufszugehörige
in Bayern	14 543	25 143
„ Hamburg	8 701	12 990
„ Oldenburg	1 359	2 257
„ Anhalt	2 068	3 467
„ Lübeck	1 175	1 899
„ Mecklenburg-Strelitz	511	886
„ Schaumburg-Lippe	94	150
„ Ostpreußen	3 782	6 809

# Rundschau

## Der Nutzen hoher Löhne.

In der Generalversammlung des Verbandes deutscher Waren- und Kaufhäuser berichtete Direktor Bach über seine Amerikareise, wobei er mit aller wünschenswerten Deutlichkeit nachwies, welchen Nutzen das Prinzip „Hohe Löhne und niedrige Preise“ dem Einzelhandel Amerikas gebracht hat. Er legte dar, daß der Preisindex, wenn man das Jahr 1913 zugrunde legt, im Jahre 1926 von 226 auf 150 im Jahre 1925 zurückgegangen ist, während der Lohnindex in der gleichen Zeit eine Steigerung auf 228 erfahren hat. Bezüglich des Prämiensystems, das der Leistungssteigerung dienen soll, könne man verschiedener Meinung sein, ebenso müsse er warnen, von der Konsumfinanzierung allzuviel zu erwarten.

## Arbeiter-Ferienreise 1927.

Das Arbeiter-Bildungsinstitut Leipzig wird im nächsten Jahre drei Ferienreisen durchführen, und zwar: Mitte Juni nach München—Garmisch—Partenkirchen—Innsbruck, Ende Juni nach Salzburg—Linz—Wien, Ende August nach Rostock—Warnemünde—Kopenhagen—Malmö—Insel Rügen. Dauer der Reisen je 8 Tage. Außerdem werden noch einige kleinere Reisen (3 bis 4 Tage) nach dem Harz und der Sächsischen Schweiz veranstaltet. Jeder freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter kann mit seinen Familienangehörigen Reiseteilnehmer werden. Die reichen Erfahrungen der Reiseleitung des A. B. J. gewährleisten eine mustergültige Durchführung und äußerst günstige Preisgestaltung. Ausführliche Prospekte werden auf Wunsch umsonst und portofrei zugesandt. Anfragen und Adressen erbeten an das Allgem. Arbeiter-Bildungsinstitut Leipzig, Abt. Ferienreise, Leipzig C. 1, Braustr. 17 II.

## Wenn alle mithelfen.

Nicht weit von mir wohnt ein sonderbarer Mensch. Von Arbeiterorganisationen will er aber gar nichts wissen. Treffen wir einmal zusammen und kommen auf das gegenwärtige Elend zu sprechen, dann schimpft er wie ein Rohrspatz auf die Arbeiterbewegung.

Eines Tages standen wir an einem Straßengefälle, als sich zwei Arbeiter abmühten, einen schweren Karren mühsam nach oben zu ziehen. „Sieh mal hin“, sagte ich zu ihm, „wie sich die zwei schinden und plagen müssen, und doch kommen sie nicht vorwärts. Komm, wir wollen beide helfen, dann kommt der Wagen spielend nach oben.“ Gesagt, getan. Im Nu war der Wagen oben auf dem kleinen Berge.

„Siehst du“, so sprach ich weiter zu meinem Zeitgenossen, „so wie hier, ist es auch mit der Arbeiterbewegung. Solange sich die einen aufopfern und die anderen abseits stehen, solange nur ein Teil

der Arbeiterschaft sich abmüht, die Lage des Proletariats verbessern zu helfen, solange wird es kaum schneller gehen mit der Verbesserung der Lebenslage der Unterdrückten. Erst, wenn alle, aber auch alle mit in die Speichen fassen, dann geht es in dem Tempo vorwärts, das wir wollen.“

Seitdem ist mein Nachbar merkwürdig still und nachdenklich geworden, und ich bin dessen gewiß, daß er nun doch bald der Gewerkschaft beitreten wird. (Aus der „Göttinger Volkszeitung“.)

## Sterbetafel

Am 2. Oktober verstarb nach schwerem Krankenlager das Mitglied der Verwaltung Quedlinburg Gottfried Hammer.

Am 13. November verstarb der Kollege Wilh. Breitzkreuz, Potsdam, im 58. Lebensjahr. Kollege B. war seit 19. Januar 1913 Mitglied des Verbandes.

Im Alter von 60 Jahren starb das Mitglied unserer Verwaltung Wiesbaden, der Kollege August Weilmann.

Ehre ihrem Andenken!

## Bücherschau

Eros im Stacheldraht. 17 Liebes- und Lebensläufe. Von Hans Otto Henel. Preis 2,50 M. Freidenker-Verlag G. m. b. H., Leipzig-Lindenau. — Mit bisher noch nie dagewesener Offenheit geht Henel dem Problem des modernen Barberentums zu Leibe. Keine ermüdende Statistik, sondern Menschenschicksale schildert er in schlichter, ergreifender Form. Henel wünscht besonders, daß sein Buch von Frauen gelesen wird. Deckt er doch die Ursachen auf, die zu unzähligen Tragödien während des Krieges und in der Nachkriegszeit führten. Zerstörte Ehen, zerrüttetes Familienleben, verdorbene Jugend, und all die Ursachen, die zu der gewaltig gesteigerten Kriminalität geführt haben. Aber nicht nur den Frauen, sondern vor allem auch der erwachsenen Jugend beiderlei Geschlechts ist das Buch zu empfehlen. Gerade dieser müssen ja die Augen über das wahre Wesen des Krieges geöffnet werden. Die Jugendlichen von heute, die in einem zukünftigen Kriege die Leidtragenden wären, müssen erfahren, was der Krieg bedeutet. Henel versteht es meisterhaft, „Ehre und Ruhm des Schlachtfeldes“ ins richtige Licht zu rücken. Von der Seite der Sexualität und der Liebe her schildert er die Furie Krieg. In 17 novellistisch gehaltenen Erlebnisschilderungen zeigt er die verhängnisvolle Rolle, die das Triebleben während des Krieges spielte. Wie der durch monatelange, zwangsläufige Enthaltung ins Ruhequartier zurückkommende Frontsoldat alle Rücksichten fallen läßt, nur ein Verlangen hat — einmal auszutoben; wie der Lazarettinspektor die für die Verwundeten und Kranken bestimmten Lebensmittel seiner „Freundin“ ins Haus bringen läßt; wie der Offiziershure im Liebesrausch die wichtigsten strategischen Geheimnisse anvertraut werden. Gleichzeitig ist das Buch auch eine vernichtende Kritik unserer bürgerlichen Gesellschaftsordnung und bürgerlichen Moral, die ja den Krieg als etwas von Gott Gewolltes betrachtet. Es zeigt, wie der Krieg die Gemeinheit gebärt, wie es den Menschen zum Vieh erniedrigt, alles Gute und Edle in ihm erstickt. — So hat noch keiner zueigelt, den Müttern, Frauen und Bräuten die Wahrheit zu sagen, all denen, die sich entsetzt vom Gatten, vom Sohn, vom Bräutigam abwandten, weil er nicht mehr der war, den sie vor dem Kriegsdienst kannten. Die Lektüre des Henelschen Buches wird zum Nachdenken veranlassen und vieles, was bis dahin nicht verstanden wurde, wird plötzlich klar werden. K.

## ● Kugelkäse ●

rot, keine 2. Sorte. 2 Kugeln  
= 9 Pfd. M. 3,30, 200 feinste  
Harzer M. 4,40. Nachnahme  
Fa. Seibold, Nortorf 207, Ostf.

**1a Laustitzer  
Limon** 2 Bezüge  
4 Klissen  
Jetzt nur M. 16,80  
Emil Schuster, Bautzen

Bei Anfragen u. Bestellungen  
bitte auf die Allgem.  
eine Deutsche Gärtner-  
Zeitung u. Bezug  
zu nehmen.

## Restaurations- grundstück

10 Morgen groß, auch für Gärtnerei geeignet, beliebter Ausflugsort, Parkettsaal, schöner Garten, preiswert zu verkaufen. Preis 30000 — M., Anzahlung 8000 M., bei größerer Anzahlung entsprechend billiger. Angebote unter W. 191 an die Geschäftsstelle der „Schlawer Zeitung“ erbeten

## !!Briefmarken!!



500 verschied. M. 1,50  
Spezialität:  
Auswahlsendungen  
Preisliste gratis.  
Ad. Kahlmann  
Hannover, Thielplatz 5

## Feinkostgeschäft

in Magdeburg sucht nur  
auserlesenes

## Tafelobst

(Apfel, Birnen) zur ständigen  
Lieferung. Angebote unter  
F. W. 2171 an

Grundow & Co.  
MAGDEBURG, Breiteweg 137

## 9 Pfund getaucherte Schweinsköpfe

mit dicker Wade ... M. 5,85  
9 Pfd. feinst. Ziff. Zettelkäse M. 5,40  
9 " Edamer Kugel " 4,85  
9 " halbf. Edam, 20% " 7,40  
9 " Ziffit, 20% " 7,40  
9 " Schweiger, 30% " 9,90  
gegen Nachnahme ab hier  
• Lebensmittelverfabrikshaus

Hermannia, Nortorf 203, Holst.

## Dung

(Strohsendg.) umständel-  
halber nur für kurze Zeit  
**kostenlos**  
abzugeben.

A. TABBERT  
BERLIN O 17  
Mühlenstraße 61-63  
Fernspr.: Königst. 2842

## Halbfett. Tilsiter-

Form 9 Pfd. - Käse M. 6,75  
9 Pfd. Kugelkäse M. 4,75  
Porto Nachn. 1 M.

Holsteinsche Käsefabrik  
Münster & Co., Nortorf

**„BUTTERS“**  
Qualitätswerkzeuge  
sind weltberühmt. Man verlange  
in Samen- u. Gerätehandlungen  
nur Werkzeuge der Firma  
Oskar Butter Gartenwerkzeugfabrik  
BAUTZEN  
wo nicht erhältlich, ab Fabrik  
Preislisten zu Diensten

## Ratten und Mäuse

verschwinden, wenn jeder Hauswirt oder Gewerbetreibende unser todsicher wirkendes Rotsalz anwendet. Viele Anerkennungen und Weiterempfehlungen beweisen verblüffende Wirkung.

Die Domäne Buchseldorf schreibt: Auf Grund unserer guten Erfahrungen mit dem Nagertötungsmittel Rotsalz bitten wir um Zusendung von wieder 1 Päckchen Rotsalz.

Solche Urteile haben wir in großer Auswahl  
**Rotsalz gegen Ratten und Mäuse**  
**Grünsalz gegen schädli. Insekten**

sind sicher wirkende Tötungsmittel  
1/2 Pfd. Päckchen 2,10 M. 1 Pfd. 3,60 M. 2 Pfd. 6,60 M.  
Unbegrenzt haltbar, gern genommen

Versand gegen Nachnahme oder Voreinsendung. Bei Voreinsendung portofrei. Prospekte kostenlos.

**Chemisch-technische Gesellschaft**  
von Malotti & Co. / Berlin NW 40  
Reichstagsufer 1, Postscheckkonto 24633

# MGM

ORGENROTE · OLDSIEGEL · ARCHEN

DIE BEGEHRTEN FEINSCHNITTE!

KLEIN'S TABAKFABRIKEN o.H.G. SCHIFFERSTADT